

# antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 75

April 2012

## Bündnis fordert: Rechtsaußen bleibt draußen Stoppt die NPD-Provokation am 1. Mai in Neumünster

Die NPD hat für den 1. Mai, dem traditionellen internationalen Tag der Arbeiterbewegung in Neumünster einen Aufmarsch angekündigt. Ein antifaschistisches Bündnis geht davon aus, dass es der zentrale Auftakt zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein werden soll.

Neumünster ist für die Nazis besonders wichtig. Hier existiert seit 1996 der norddeutsche Nazitreff Club 88 (Code für „Heil Hitler“), der für die braune Szene Symbolkraft hat. Weiterhin gibt es eine weitere Gaststätte und einen Athletic Klub als Treffpunkte von Neonazis. Es gibt hier Verbindungen zur verbotenen Rockerbande und zu einem Unterstützerklub. Die Nazis haben hier etwas zu verteidigen.

Das antifaschistische Bündnis gegen Rechts erinnert daran, dass am 2. Mai 1933 die Nazis die Gewerkschaftshäuser stürmten. Zu Recht empfinden die Gewerkschaften daher den Naziaufmarsch als Provokation, die auf keinen Fall hingenommen werden darf. Der Bezirksvorstand Südholstein von ver.di fordert die Neumünsteraner Bevölkerung für den 1. Mai zum breiten Widerstand gegen die Neonazis auf. Gemeinsam werden Gewerkschaften, Vertreter der Kirchen, SPD, Grüne, Linke, Piraten, AJZ, VVN-BdA, TolZi und viele andere mit vielfältigen Aktionen dem Naziaufmarsch entgegen-



getreten. Vorgesehen ist am Vormittag die traditionelle Maidemonstration der Gewerkschaften, auf dem nach dem ver.di-Bezirksvorstand Südholstein u.a. folgende Forderungen erhoben werden:

- ◆ *Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht*
- ◆ *Verbot aller anderen faschistischen Organisationen*
- ◆ *Lückenlose Aufklärung der NSU-Mordserie.*

Auf Vorschlag des Bündnisses gegen Rechts hat der Runde Tisch der Stadt Neumünster alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen:

Besetzt mit uns gemeinsam die Plätze dieser Stadt!

Zeigt was diese Stadt ausmacht und wem sie gehört!

Rechtsaußen bleibt draußen!

(Infos zur Uhrzeit usw. beim Bündnis gegen Rechts erfragen)

### Club 88

Montag: Ruhetag

Dienstag: Ruhetag

Mittwoch: Ruhetag

Donnerstag: Ruhetag

Freitag: Ruhetag

Samstag: Ruhetag

Sonntag: Ruhetag



## Kommentar

# Gelobt sei unsere freie Presse.

Die sorgt mit immer neuen Enthüllungen dafür, dass der Nazi-Untergrund nicht in Vergessenheit gerät. So erfuhren die Leser von „Bild am Sonntag“ davon, dass die Ermittler des Bundeskriminalamtes die Festplatte von Beate Zschäpes Computer gründlich untersucht und dabei festgestellt hatten, was vorher noch niemand vermutete: Die Naziterroristin begeisterte sich für Sexy Cora und Dirty Tracy. Wer das sind? Bildungslücke. Aber klicken Sie doch einfach mal im Internet an.

Immer wieder surfte Beate Zschäpe auch auf Pornoseiten. Auf die tiefenpsychologische Erklärung warten wir noch, dann werden wir wissen, dass die neun Morde, die den Neonazis nach bisherigen Ermittlungen nachzuweisen sind, keine politischen Motive hatten sondern in einer sexuellen Fehlsteuerung begründet liegen. Das passt besser ins Bild, darüber soll das Volk diskutieren oder alternativ über die beiden Katzen der Zschäpe. Diese beiden niedlichen Tiere mussten nämlich in ein Zwickauer Tierheim gebracht werden, weil sie sonst niemand versorgen konnte, da ihre Besitzerin im Gefängnis sitzt. Aber wer kommt für das Futtergeld auf? Die Boulevardpresse enthüllt, dass sich der Staat weigert, die sechs Euro Futtergeld pro Tag zu

bezahlen. Darf der das? Stoff für Stammtischdiskussionen ist also reichlich vorhanden. So war es auch früher schon wenn die Springer-Presse wieder einmal mitteilte, Hitler habe eine uneheliche Tochter gehabt, die nun „auspacken“ wolle, oder der „Führer“ habe eine Leidenschaft für Harzer Käse gehabt oder Ähnliches.

Über solche Befreiungsschläge können sich die Verfassungsschutzämter, die Neonazis im Allgemeinen und die 20 Norddeutschen, gegen die vollstreckbare Haftbefehle vorliegen, im Besonderen nur freuen. Es wird weiter vernebelt und abgelenkt. Die Sache mit den 20 untergetauchten Neonazis, von denen sieben aus Schleswig-Holstein kommen, hat die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, Ulla Jelpke, von der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage erfahren. Gegen jede einzelne Person liegen Haftbefehle wegen Körperverletzung, Erpressung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollzugsbeamte und rassistische Propagandadelikte vor. Keine dieser Fälle wird übrigens in der Datei „Politisch motivierte Kriminalität – Rechts“ geführt. Auch die Zwickauer Terrorzelle ist ja nur zufällig aufgefliegen. 13 Jahre lang blieb sie unentdeckt, obwohl immer mehr Fakten ans Tageslicht kommen, die beweisen, dass sie entdeckt worden wären, wenn man es nur gewollt hätte. Man muss sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen Zweifel am Ermittlungswillen von Polizei und Justiz äußern.

Und was die Medien betrifft: Sie haben in ihrer Mehrheit Schuld daran, dass die Morde den Opfern in die Schuhe geschoben wurden. Die Springer-Presse prägte den Begriff „Döner-Morde“. Sie war es auch, die von Taten in der Drogenszene schrieb, von einer Mafia, die von der Türkei aus bis nach Deutschland wirke und von Beziehungstaten, die in der Szene der bei uns lebenden Südländer immer wieder vorkommen.

Zwei mutige Journalisten, der Undercover-Redakteur Thomas Kuban und Filmemacher Peter Ohlen-dorf, gehören zu den Ausnahmen ihres Berufes. Sie drehten einen Film mit dem Titel „Blut muss fließen“, in dem sie nachwiesen, dass jedes Wochenende in Deutschland mindestens zwei Neonazi-Konzerte stattfinden, in denen Rassenhass und Hetze bis zu Mordaufrufen stattfinden, gegen die nie etwas unternommen wird. Behörden und Politiker gewähren den Nazis rechtsfreie Räume, stellen die beiden Filmemacher fest, die vergeblich den Versuch machten, ihr Produkt im Fernsehen unterzubringen. Wenn sie ihren Film in kleinen Räumen zeigen, müssen sie eine Perücke tragen und sich verhüllen. Das haben die Nazis nicht nötig. Behörden, Politiker und Gerichte erteilen ihnen die Genehmigung, das innenpolitische Klima zu vergiften und sogar ganz legal zu Wahlen zu kandidieren. Das ist und bleibt ein Skandal.

Günther Wilke

## Nonpd:

# NPD-Verbot jetzt: Aktuelle Kampagnen-Nachrichten:

Seit Beginn des Jahres 2012 läuft nun der dritte Teil unserer nonpd-Kampagne:

- ◆ Bisher haben etwa 7000 Menschen unseren Aufruf „NPD-Verbot: jetzt aber richtig! unterschrieben, darunter mehr als 500 aus Schleswig-Holstein;
- ◆ Ende März dieses Jahres ist eine Schleswig-Holstein-Ausgabe unserer NoNPD-Zeitung erschienen: 30000 Exemplare warten auf ihre Verteilung. Die vierseitige Zeitung enthält u.a. Informationen über neofaschistische Terrorstrukturen auch in Schleswig-

- Holstein; interessante Infos über NPD-Kader, die zur Landtagswahl 2012 kandidieren; ein Interview mit der stv. Vorsitzenden des Landesbezirks Nord von verdi, Heidi Beutin; Infos darüber, wie die NPD von Staatsgeldern profitiert; ein Interview mit Marianne Wilke über „Antisemitismus gestern und heute“; den Aufruf „Kein Naziaufmarsch in Lübeck am 31.3.2012!“ und vieles mehr. Diese Zeitung ist bei allen VVN-BdA Mitgliedern oder im Landesbüro erhältlich!

- ◆ Unterschriften können bei allen VVN-BdA Mitgliedern geleistet werden, ebenso sind dort Unterschriftenlisten erhältlich.

- ◆ die Unterschriften können auch online auf unserer homepage [www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de) abgegeben werden.

- ◆ Unsere Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ ist an folgenden Orten zu sehen:

**Elmshorn:** 16. – 20. April 2012 in der Erich-Kästner Gemeinschaftsschule,  
**Elmshorn:** 21. – 24. April Rathaus Elmshorn



# Naziaufmarsch in Lübeck verhindert – ihre Kundgebung nicht! Gegen Neofaschismus und Krieg!

Ungefähr 3000 Bürgerinnen und Bürger aus Lübeck und ganz Schleswig-Holstein demonstrierten am 31. März gegen den Naziaufmarsch. Sie gedachten gleichzeitig der Opfer der Bombardierung im zweiten Weltkrieg und der Eutanasiopfer während der Naziherrschaft.

Nach jahrelangen Bemühungen des Bündnisses „Wir können sie stoppen“ und in Zusammenarbeit vieler Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher, politischer und religiöser Ansichten, wurde erreicht, dass die Nazis nach einer Kundgebung am Hinterausgang des Bahnhofs, Lübeck wieder verlassen mussten.

Die Vorbereitungen gestalteten sich besonders schwierig, da erst zwei Tage vorher klar war, ob der Naziaufmarsch genehmigt wird und ob das Bündnis die beantragte Demonstrationsroute bekommt. Das Bündnis hat trotz der unklaren Verhältnisse mit Plakaten und Flugblättern auf die Demonstration orientiert, um deutlich zu machen, dass man sich nicht abschrecken lässt.

Auf Anraten zahlreicher BürgerInnen hatte der Bürgermeister mit einer sechzigseitigen Begründung Widerspruch beim Verwaltungsgericht gegen den Naziaufmarsch eingelegt. Nachdem dieses Gericht den Aufmarsch genehmigt hatte, wurde von der Stadt Lübeck beim Oberverwaltungsgericht Widerspruch eingelegt mit dem Ergebnis, dass die Neonazis nur eine Kundgebung abhalten durften.

Die TeilnehmerInnen der Aktionen gegen den Naziaufmarsch konnten

unbehelligt von der Polizei und legal in Sicht- und Hörweite der Nazis gelangen. Dem Stadtteil St. Lorenz, mit Ausnahme eines kleinen Teils des Steinrader Wegs, blieb das Treiben der Neonazis erspart.

In einer Presserklärung des Bündnisses „Wir können sie stoppen“ heißt es:

„Inhaltlich ist die Entscheidung des OVG ... eine Enttäuschung, da das Gericht den „Trauermarsch“ nicht als das gewertet hat, was er real ist: eine Verherrlichung des Nationalsozialismus und Verhöhnung seiner Opfer – mithin eine einzige Straftat nach §130 Abs. 4 des Strafgesetzbuches“.

Und „Der von Bürgermeister Saxe gewünschte Rechtsfrieden ist damit



Foto: Ulf Stephan

nicht geschaffen worden. Auch in Zukunft werden Menschen mit Demonstrationen und Blockaden deutlich machen müssen, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist.“

**Also: Naziaufmarsch oder Kundgebung in Lübeck 2013 zu verhindern bleibt das Ziel.**

Bernd Meinberg VVN-BdA  
Lübeck/Lauenburg

## Der Schwur von Buchenwald mahnt!

Aus dem Redebeitrag von Bernd VVN-BdA Lübeck/Lauenburg am 31.3.2012 auf der Abschlusskundgebung

**„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“**

Dieser Schwur von Buchenwald findet seinen Niederschlag in dem Grundgesetz und in dem Völkerrecht das über dem Grundgesetz steht. Er ist Leitbild des politischen Handelns der VVN-BdA. Er ist Grundlage des gesellschaftlichen Konsens in Deutschland seit 1945 „Nie wieder wieder Faschismus – nie wieder Krieg“, der mehrheitlich immer noch vorhanden ist.

**Nein zu Neofaschismus!**

Die Versuche diesen Konsens zu durchbrechen sind bisher am politi-

schen Widerstand demokratischer Kräfte gescheitert, haben aber Spuren hinterlassen.

Die Gleichsetzung von Braun und Rot durch den Bundespräsidenten, der Extremistenerlass der Bundesregierung, ein von Altnazis gegründeter Verfassungsschutz, erschwerte Einstellung von Linken in den öffentlichen Dienst in Bayern, die Verfolgung von Antifaschisten in Sachsen und anderswo, die ständige Wiederholung den Rechtsextremismus und Neofaschismus unter dem Stichwort Extremismus zu subsumieren, und die Diskriminierung der Friedens- und Antifabewegung und vieles andere mehr sind die hilflosen Versuche diesen Konsens abzuschaffen.

**Hier wird der deutschen Faschismus verharmlost und seine Einzigartigkeit in Frage gestellt.**

Vom 8. – 10. Juni wird die VVN-BdA Schleswig-Holstein auf dem Schleswig-Holstein-Tag auf dem Gelände der Landesgartenschau vertreten sein. Sie finden uns dort auf der Meile „Politik und Gesellschaft“ unter der **Stand-Nummer IN 01!** Wir werden dort ebenfalls unsere Neofaschismus-Ausstellung zeigen. Zudem finden Sie dort alle Informationen über unsere Organisation und natürlich können Sie unsere Forderung für ein NPD-Verbot unterschreiben.



Fortsetzung von Seite 3

### Nein zum Krieg!

Viele unter den TeilnehmerInnen dieser Demonstrationen haben, wie ich auch, den zweiten Weltkrieg erlebt. Wir haben die Bombardements erlebt. Wir wissen von was wir reden. Ich möchte das nicht mehr erleben, und ich möchte, dass Menschen in anderen Ländern das auch nicht erleben.

Deshalb den Krieg gegen Afghanistan beenden, wie das die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung fordert. Deshalb keine deutsche Kriegsbeteiligung in aller Welt.

Der Schwur von Buchenwald sollte für uns alle eine Mahnung bleiben sich für Frieden und gegen Neofaschismus zu engagieren und zwar gemeinsam

mit allen Menschen die diese Ziele verfolgen ohne Ansehen der Person und politischen Meinung.

**Wo die Politik versagt müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen!**

Bernd Meimberg VVN-BdA  
Lübeck/Lauenburg

## Aufruf zur Gedenkfeier „Blumen für Gudendorf“



Alljährlich treffen sich um den 8. Mai Friedensfreunde aus ganz S.-H. in Gudendorf

Foto: Lore Meimberg

Am Samstag den 5. Mai um 14 Uhr findet an den Massengräbern für sowjetische Kriegsgefangene in Gudendorf bei St. Michaelisdonn (Dithmarschen) wie in jedem Jahr wieder eine

Gedenkveranstaltung der Initiative „Blumen für Gudendorf“ statt. Die Ansprache hält diesmal der Historiker Prof. Jörg Wollenberg, der seit Jahren in der Gedenkstättenarbeit engagiert

ist. Wollenberg hat sich in Schleswig-Holstein um die KZ-Gedenkstätte Ahrensböök verdient gemacht und mehrere Bücher zur Geschichte des NS-Regimes geschrieben. Die traditionelle geistliche Andacht hält Propst Thomas Drope vom Kirchenkreis Pinneberg/Hamburg-West, einer der Repräsentanten des Bündnisses gegen rechts im Kreis Pinneberg. Grußworte sprechen Vertreter des Kreises Dithmarschen und Gudendorfs Bürgermeister Jens Thomsen.

Obwohl seit Kriegsende und Befreiung vom Hitlerfaschismus 67 Jahre vergangen sind weisen uns aktuelle politische Ereignisse darauf hin, dass wir über das Gedenken hinaus immer wieder neu zum Handeln gegen Krieg und Faschismus aufgerufen sind. Am Ehrenmal für die zum großen Teil noch unbekanntes sowjetischen Kriegsgefangenen wiederholen wir den Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“.

## Wahlausschuss stimmte gegen NPD-Kandidaten

Dem „Pinneberger Tageblatt“ war es sogar die Schlagzeile auf der Titelseite wert: Der Kreiswahlausschuss Pinneberg hatte am 23. März die Zulassung des NPD-Kandidaten Ingo Stawitz als Direktkandidat zur Landtagswahl abgelehnt. Auf Antrag von Beate Seifert (Grüne) war über jede Kandidatin und jeden Kandidaten einzeln abgestimmt worden, wie es zuvor vom Kreisvorstand der VVN-Bund der Antifaschisten in einem Brief an alle Mitglieder des Wahlausschusses angefragt worden war. Neben grundsätzlicher Auseinandersetzung mit der NPD hatte die VVN-BdA zur Personalie von Stawitz folgende Charakteristik geliefert: „Ingo Stawitz wurde 2005 wegen gefährlicher Körperverletzung

zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er warf Steine auf Gegendemonstranten und trat auf eine am Boden liegende Frau ein. Stawitz leugnet nicht nur die Kriegsschuld Nazi- Deutschlands, er leugnet ebenso den Holocaust.“ An die Wahlausschussmitglieder gerichtet, schrieb die VVN-BdA weiter: „Auch wenn Sie aus formalen Gründen meinen, eine Kandidatur nicht ablehnen zu können, können Sie aus grundsätzlichen Erwägungen insbesondere wegen der aktuellen Entwicklung ein deutliches Signal setzen.“

Ergebnis der Abstimmung: Nur der Vertreter des Kreiswahlleiters hob dem Arm für die Zulassung des NPD-Kandidaten, drei stimmten dagegen,

zwei Wahlausschussmitglieder enthielten sich der Stimme. So musste der Landeswahlausschuss eingreifen, der die Entscheidung korrigierte, weil Stawitz die formalen Voraussetzungen für eine Kandidatur erbracht habe und daher nicht abgelehnt werden dürfe.

Das Verhalten der Kreiswahlausschussmitglieder in der offiziellen Sitzung verdient unsere Anerkennung. Daneben gab es noch eine weitere gute Nachricht: In drei Wahlbezirken hatte die NPD die geforderten 100 Unterstützerunterschriften nicht beibringen können. Nazis sind offensichtlich bei den meisten Wahlberechtigten des Kreises Pinneberg nicht erwünscht.

# Happy Birthday: VVN-BdA wird 65 Jahre alt!!

**Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.**

*Aus dem Schwur von Buchenwald.  
19. April 1945*

„Fortsetzung folgt – 65 Jahre VVN-BdA“ so lautete das Motto der Matinee, die am 18. März 2012 in Frankfurt/Main stattfand, fast auf den Tag genau 65 Jahre nach Gründung unserer Organisation in dieser Stadt. 65 Jahre nach der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes durch Überlebende des faschistischen Terrors ist die VVN-BdA ein lebendiger, generationsübergreifender antifaschistischer Verband. Unser Wirken bleibt dem Schwur von Buchenwald verpflichtet. Diese Aussage zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung im Frankfurter „Haus Gal-

lus“. Unser Vorsitzender Heinrich Fink führte die etwa 200 Anwesenden, die der Einladung der VVN-BdA gefolgt waren, in seinen Begrüßungsworten noch einmal in die Zeit unmittelbar nach der Befreiung 1945 zurück. Unter den Gästen waren auch einige Zeitzeugen, darunter die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, Esther Bejerano, der 104 Jahre alte Hans Schwert und die Ehrenvorsitzende unserer Landesvereinigung Schleswig-Holstein, Marianne Wilke. Mit bewegenden Worten erinnerte sich unsere Esther Bejerano, Auschwitz- und Ravensbrück-Überlebende, an ihre Rückkehr nach Deutschland in den sechziger Jahren, an die ersten schweren Jahre in Hamburg. Erst dort lernte sie – wie sie uns schilderte – deutsche WiderstandskämpferInnen gegen den faschistischen Terror kennen. Diese Tatsache und ihre Erfahrung mit Neonazis der NPD vor ihrer Haustür veranlassten sie Anfang der siebziger Jahre, Mitglied in der VVN-BdA zu werden. Mit der für Esther typischen Lebendigkeit und ihrem Humor schilderte sie uns ihre ersten Erfahrungen in unserer Organisation.

Vilmos Hanti, Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), sowie Ilja Krämer, Kämpfer der Roten Armee bei

der Befreiung Berlins 1945, sprachen anschließend einige Großworte.

Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA und Generalsekretär der FIR, war der erste Vertreter der Nachkriegsgeneration, der das Wort ergriff. Er führte uns noch einmal die Zeit von 1945 bis zum Oberhausener Kongress der VVN vor Augen, auf dem sich die VVN auch für diejenigen öffnete, die sich „als Nachgeborene aus politischer Überzeugung für die Ziele des Antifaschismus engagieren wollten“. Und so entstand auf dem Oberhausener Kongress aus der VVN die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten.

Unter der Fragestellung „Zweite Generation“ oder „Soziale Vererbung?“ moderierte Regina Girod eine Gesprächsrunde mit Doris Fisch, Tochter unseres Kameraden Hans Schwert, Manuel Mergen und Florian Gutsche. Die drei Diskutanten erläuterten ihre Motive, Mitglied der VVN-BdA zu werden. Während die Erstgenannten ihren Weg zur VVN-BdA aus antifaschistischen Familienzusammenhängen heraus fanden, lernte der 23-jährige Florian die VVN-BdA erst vor wenigen Jahren als Praktikant in unserem Bundesbüro in Berlin kennen.

Die Schlussworte sprach unsere Bundesvorsitzende Cornelia Kerth. „Unsere Aufgaben für die Zukunft“, so lautete der Titel ihres Beitrags, den sie mit einem Zitat aus dem Leitartikel des letzten Bundeskongresses einleitete: „In unserer Organisation hat sich in den letzten Jahren ein Generationswechsel vollzogen, dem wir Rechnung tragen müssen. Mit dem Tod der Zeitzeugen, die den Faschismus noch aus eigenem Erleben kannten, verändert sich der Blick auf die Geschichte und die bestehende Gesellschaft, denn jede Generation stellt ihre eigenen Fragen an die Vergangenheit.“

Die VVN-BdA wird breiter werden und sie wird es aushalten und es wird ihr gut tun! Was uns von anderen unterscheidet, bleibt die direkte Erfahrung der WiderstandskämpferInnen und Verfolgten, die die Organisation trägt. Diese Erfahrung in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Deutung der Geschichte einzubringen, die noch lange nicht abgeschlos-

## *Ein Leserbrief aus der GEW-Zeitung:*

### **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Was vernebelt diese Tatsache im politischen Alltag?

Mord und Totschlag, Vergewaltigung und Kinderschändung sind alle unter Verbot und Strafe gestellt. Ihre Vorbereitungen, Ankündigungen, Rechtfertigungen nicht minder. Niemand will es dabei bewenden lassen. Natürlich sollen die Quellen und Ursachen für Verbrechen verschwinden. Aber deshalb wird doch das Verbot nicht aufgehoben!

Wie kann das sein, dass mit politisch motivierten Verbrechen so ganz anders umgegangen wird? Da kann und konnte passieren was wollte. Wie kommt es schließlich und mal wieder zu organisiertem Mord, zur Verfüh-

rung und Fanatisierung von Menschen zum Nutzen einer alles inszenierenden Minderheit? Hier steht plötzlich die „Meinungsfreiheit“ zur Debatte. Man müsse sich zunächst politisch damit auseinandersetzen. Sogar die „Rechtstaatlichkeit“ wird bemüht?!

Hierzu: „Faschismus: Ursachen und Herrschaftsstruktur“ von Reinhard Kühnl – Distel Verlag. Darin wird der alles bewegende Kontext nachgewiesen: „Eigentum – Konkurrenzkampf und Recht des Stärkeren“. Unter anderem als Ursache für unsere Ohnmacht, angesichts politisch motivierter Verbrechen.

Das längst überfällige Verbot der NPD und andere Fascho-Strukturen ist/wäre ein äußeres Zeichen dafür, dass eine grundsätzliche Umkehr gesellschaftlicher Schiefen gewollt ist. *E. Vogt*

sen ist und die inzwischen ja eine ausgesprochen dramatische europäische Dimension erhalten hat, ist eine unserer zentralen Aufgaben, wie Conny weiter ausführte.

Neben der Gedenkstättenarbeit und dem Weitertragen der Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus müssen wir uns aber auch anderen aktuellen Herausforderungen stellen.

Nach wie vor besteht für uns die Notwendigkeit, uns alten und neuen Nazis überall in Deutschland in den Weg zu stellen. Das haben wir schon gemeinsam in Dresden und auch vor wenigen Wochen in Lübeck getan und das werden wir auch am 1. Mai in Neu-

münster tun. Wir haben vor wenigen Monaten die dritte Nonpd-Kampagne gestartet und die ersten Unterschriften gesammelt. Klar ist, dass wir zur Durchsetzung unserer Verbotsforderung einen langen Atem benötigen. Das Verbot der NPD als größte, strukturell wichtigste und politisch gefährlichste Organisation des Neofaschismus ist wichtig, aber nur ein erster Schritt. Ebenso wichtig ist die politische Auseinandersetzung mit allen Formen des Neofaschismus, wobei aber klar sein muss: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Auch in Zukunft wird die VVN-BdA Teil der Friedensbewegung sein.

Wir werden uns an Aktionen gegen Krieg und Militarismus beteiligen und weiterhin gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und Demokratieabbau im Innern auftreten.

Die wichtigsten Beiträge der Matinee sind auf unserer Bundeshomepage nachzulesen; viele Bilder und weitere Eindrücke von der Veranstaltung, auch vom Empfang der Frankfurter (Ex-)OB Petra Roth für die VVN-BdA, sind im Facebook-Auftritt der VVN-BdA zu finden.

*Hartmut Büchsel*

## Zukunft braucht Erinnerung

### Gedenkstätten gründen Landesarbeitsgemeinschaft

Der Arbeitskreis KZ-Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein hat unter dem Motto „Zukunft braucht Erinnerung“ für den 21. April zur Gründungsversammlung einer Landesarbeitsgemeinschaft eingeladen. Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Wir drucken nachfolgend aber Auszüge aus einer Pressemitteilung ab, die Wichtiges zum Gründungszweck ausführt und zur Geschichte der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein:

„In Schleswig-Holstein wird bereits seit 1950 in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund (Nordfriesland) Erinnerungsarbeit an die Verbrechen der Nationalsozialistischen Gewalt geleistet. Darüber hinaus gibt es heute im nördlichen Bundesland eine Vielzahl von Einrichtungen und Initiativen an historischen Orten, die sich dafür einsetzen, die Erinnerung an Krieg, Terror und Ver-

folgung wach zu halten und daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.

Mit einem im Mai 2011 erschienenen gemeinsamen Faltdblatt erinnern sie an die NS-Herrschaft im Lande. 10 Orte, die auf unterschiedliche Weise die Erinnerung an Krieg, Terror und Verfolgung wach halten, werden unter dem Titel „Gedenken – begegnen – informieren“ dar- und vorgestellt, so die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, die Gedenkstätte Ahrensböök, die Gedenkstätte Husum-Schwesing, der Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Russee, die Gedenkstätte Gudendorf in Dithmarschen, das Jüdische Museum Rendsburg, die ehemalige Synagoge Friedrichstadt in Nordfriesland, das Museum „Cap Arcona“/Neustadt und der Flandernbunker/Verein Mahnmal Kilian in Kiel. Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein

arbeiten seit mehr als zehn Jahren zusammen und werden von verschiedenen Kooperationspartnern unterstützt. Um ihre Arbeit nachhaltig zu sichern, weiterzuentwickeln und zu professionalisieren, schließen sie sich nun formal zu einer „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein“ zusammen. Für Privatpersonen und Organisa-

tionen besteht die Möglichkeit, die LAG SH mit einer Fördermitgliedschaft zu unterstützen.

Die LAG SH wird künftig die Interessen der Einrichtungen, Vereine und Initiativen vertreten, die sich an verschiedenen historischen Orten in Schleswig-Holstein nachhaltig für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einsetzen. Sie wird der Vernetzung und dem Austausch untereinander dienen. Die gewählten Vorstandsmitglieder der LAG SH sollen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für alle Belange der Gedenkstättenarbeit in der Öffentlichkeit fungieren und die Anliegen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte wirksam in Politik, Wirtschaft und Medien zu Gehör bringen.“

Die engere Zusammenarbeit der Gedenkstätten und Erinnerungsorte ist besonders wichtig in einer Zeit, da immer weniger Zeitzeugen zur Verfügung stehen. Der festzustellende Umbruch macht sich auch in der personellen Führung an den einzelnen Orten bemerkbar. Es gilt, die Kontinuität der Arbeit zu sichern und gleichzeitig eine Professionalisierung zu erreichen. Das beginnt bei der Gewährleistung öffentlicher Zugänglichkeit zu Orten, über Öffnungszeiten von Einrichtungen und Modernisierung von Ausstellungen, Fortsetzung der pädagogischen Arbeit und mündet in die Fortführung der internationalen Kontakte.



*Uta Körby, Vorsitzende des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen (hinten rechts) begrüßt die Wedeler Gruppe der VVN-BdA*



## Ostermärsche im Norden Weil wir Frieden wollen...

Tausende im ganzen Bundesgebiet beteiligten sich bei schlechtem Wetter an den Ostermärschen. Sie forderten: Den Krieg gegen Afghanistan beenden

- Bundeswehr raus aus Afghanistan sofort, wie das die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung fordert.
- Kriegsvorbereitung stoppen – Hände weg von dem Iran und Syrien! Verhandlungen statt Sanktionen!
- Bundeswehr raus aus Schulen und Hochschulen gegen die Militarisierung der Jugend – der Gesellschaft.
- keine deutsche Kriegsbeteiligung in aller Welt.
- die Einberufung einer internationalen Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen/Mittleren Osten mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone,
- Abrüstung statt Sozialabbau

In Schleswig-Holstein wurde in Kiel und Wedel für den Frieden demonstriert.

Kiel, die Stadt der Marine und der Werften – Rüstungsstandort, wurde im zweiten Weltkrieg zwischen dem 2. Juli 1940 und 2. Mai 1945 mehrfach bombardiert.

Fast 3000 Zivilisten verloren ihr Leben, über 5000 wurden verletzt ca. 140000 wurden obdachlos.

„Weil wir den Frieden wollen“. Dieses Motto sollte auch an diese schrecklichen Ereignisse erinnern.

Eine Umkehr von einem Rüstungsstandort hin zu einem Standort für Friedensproduktion sollte doch möglich sein.

**U-Bootlieferung an Israel stoppen**  
forderten die Redner, dass die Lieferung von U-Booten an Israel gestoppt wird. Die U-Boote können mit Atomraketen bestückt werden. Im Falle eines Krieges zwischen Israel und dem Iran dienen sie dazu, einen evtl. Zweitschlag mit Atomraketen zu führen falls Israel vom Iran bombardiert werden sollte. Die Fähigkeit zum Zweitschlag verleitet leicht dazu auch den Erstschlag zu führen.

### **Keine Stationierung von Großdrohnen in Jagel**

Der Typ Global-Hawk soll im Sommer 2012 in Jagel stationiert werden. Sie sind in der Lage die gesamte Kommando- und Befehlsstruktur eines Landes auszuspionieren und zu analysieren und das 5500 km entfernt. Jagel ist also auch Kriegsziel bei einem Raketenkrieg – mit wem auch immer.

### **Rüstungskonversion**

wurde als Antwort auf die gesteigerten Rüstungsexporte gefordert. Mit ca. 80000 Beschäftigten (0,28 Pro-

zent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) in der Rüstungsproduktion könnte ein Strukturwandel eingeleitet werden ähnlich wie seinerzeit in der Textilindustrie, Kohle und Stahl

Produkt-Konversion ist dann erfolgreich, wenn auf technologisch gleichwertige Produkte übergegangen werden kann, die dann auch noch nützlich sind, wie etwa der Übergang von Marine-Schiffbau zu Produkten sauberer Energie und der Energieeffizienztechnologien.

Das zeigen das Beispiel der Firma SIAG in Emden, die statt Rüstungsprojekten Stahlkomponenten für Offshore-Windenergie Anlagen produziert.

### **Deutsche Verantwortung heißt Frieden schaffen!**

Deutschland hat sich in dem 2+4 Vertrag vom 12. September 1990, der zur Vereinigung der BRD und DDR führte, verpflichtet, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird und dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird – es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung (Art. 2).

Das heißt, keine Beteiligung an Kriegen, die nicht mit dem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr gemäß Grundgesetz zu vereinbaren sind.

*Ostermarsch Kiel 2012 Aus allen Gegenden von Schleswig-Holstein kamen die Menschen um für den Frieden zu demonstrieren* Foto: lobemeinberg



# „Weil wir Frieden wollen“ Ostermarsch 2012 in Wedel

Unter dem Motto „Weil wir Frieden wollen, müssen wir uns gegen jede Kriegshetze wehren“ fand der traditionelle Ostermarsch in Wedel statt. Bei recht kühlen Temperaturen, aber im Wesentlichen ohne Regen beteiligten sich rund 200 Teilnehmer an einem bunten Demonstrationzug des Friedensnetzwerkes Kreis Pinneberg. Als Hauptredner konnte Irmgard Jasker, seit vielen Jahren Sprecherin der Friedenswerkstatt Wedel, den Völkerrechtler Prof. Norman Paech aus Hamburg und den ehemaligen DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr aus Elmsborn begrüßen.

Norman Paech betonte in seiner Rede, dass die Forderungen der Friedensbewegung auf der Tagesordnung bleiben, bis sie erfüllt sind:

Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen, auch nicht durch den

Export von Waffen. Atomwaffenfreie Zonen – nicht nur im Nahen und Mittleren Osten. Verhandlungen und gemeinsame Sicherheit statt Sanktionen und militärische Interventionen. „Und nicht zu vergessen: Raus aus Afghanistan“, rief Norman Paech unter dem Beifall der Ostermarschierer auf.

Aus aktuellem Anlass ging der Redner auf die Wortmeldung des Nobelpreisträgers für Literatur Günter Grass ein, der endlich wenn auch spät gesagt habe was gesagt werden muss: gegen das verbreitete Schweigen, gegen Lügen und die Doppelmoral des Westens, die der Atommacht Israel gestattet, durch ihre Politik den brüchigen Weltfrieden zu gefährden.

Heinz Stehr forderte einen internationalen Politikwechsel hin zu einer Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, gegen jede Art von R

sismus und Faschismus.

Der Wedeler Ostermarsch endete wieder auf dem Theaterschiff „Batavia“, wo die Oma-Körner-Band allen Beteiligten tüchtig einheizte.

Jens Wilke

Foto: Thilo Gehrke



### Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t-online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdah@email.de] [www.schleswig-holstein.vvn-bda.de](http://www.schleswig-holstein.vvn-bda.de)  
Neofakommission Küste: [www.kueste.vvn-bda.de](http://www.kueste.vvn-bda.de)

Vi.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name: .....
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von ..... Euro\*.
- Adresse: .....
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an:

### VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,  
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

\* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.  
BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970